

Fragebogen zur Landtagswahl

Nr.	Thema	Fragen
1	Arbeitsmarkt	<p>1.1 Was wollen Sie tun, um Arbeitsplätze im Saarland zu halten und Neuansiedlungen zu fördern?</p> <p style="padding-left: 20px;">Ein starkes Unternehmertum braucht ein starkes Umfeld. Die Wirtschaft blüht dort, wo sie die besten Rahmenbedingungen vorfindet. Allerdings sehen wir, dass bestehende Defizite in diesem Bereich oft nicht beseitigt und häufig noch zusätzliche Hürden aufgebaut werden. Wir wollen durch pragmatische Vorschläge unsere Unternehmen stärken, um uns erfolgreich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können.</p> <p>1.2 Was wollen Sie tun, um Hochqualifizierte ins Saarland zu locken?</p> <p style="padding-left: 20px;">Hier gilt es attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen und deren Mitarbeiter zu schaffen, damit sich die bewusste Entscheidung für den Standort Saarland für sie lohnt.</p> <p style="padding-left: 20px;">Hierzu müssen wir u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Bildungs- und Betreuungsangebote nachhaltig verbessern, auch um durch gute Bildung die klugen Köpfe von Morgen hervorbringen zu können, • die passende Verkehrs-, Kommunikation- und Versorgungs-Infrastruktur zur Verfügung stellen, • die Wohn- und Lebenssituation ausbauen und verbessern, • die ländlichen Strukturen fördern und stärken, • den Erholungswert in intakter Natur erhalten.
2	Bildung	<p>2.1 Streben Sie beitragsfreie Kindertagesstätten im Saarland an?</p> <p style="padding-left: 20px;">Wir sind der Auffassung, dass jede Investition in zielgerichtete Bildung der Kinder gut investiertes Geld ist, auch im volkswirtschaftlichen Sinne.</p> <p>Wenn ja:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Bis wann soll dieses Ziel erreicht werden? Ein solches Ziel ist jedoch in der gegenwärtigen Haushaltslage landesintern alleine nicht finanzierbar. ○ Wie sollen beitragsfreie Kindertagesstätten finanziert werden? Ein möglicher Ansatz wäre ein veränderter Ansatz der Verwendung des Kindergeldes. Statt dieses ohne Zweckbindung einfach an die Eltern auszuzahlen, wäre es wesentlich sinnvoller, dieses Geld gezielt in die Förderung des Kindeswohls zu investieren. <p>2.2 Streben Sie eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium an?</p> <p style="padding-left: 20px;">Ja, mit Nachdruck!</p> <p>Wenn ja: Bis wann und wie soll das umgesetzt werden?</p> <p style="padding-left: 20px;">Hier darf es keinen erneuten voreiligen Aktionismus geben. Hier gilt es ein schlüssiges Konzept zu erarbeiten und mit allen Beteiligten abzustimmen. Dennoch müssen die Weichen hierfür zeitnah gestellt werden und eine Umsetzung noch in der kommenden Legislaturperiode erfolgen.</p> <p>2.3 Sind die saarländischen Hochschulen Ihrer Meinung nach ausreichend finanziert?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Wenn nein: Wie müsste der Globalhaushalt der Universität ausgestattet sein? Für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Ansiedlung von hochqualifizierten und innovativen Unternehmen ist eine funktionierende und konkurrenzfähige Hochschullandschaft unerlässlich. Alleine schon aus diesem Interesse heraus ist die bestmögliche Finanzierung unserer Hochschulen sowie auch allen anderen Bildungseinrichtung von existentieller Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes. Darüber hinaus entscheidet das Angebot an bestmöglicher Bildung und entsprechend hochqualifizierten Arbeitsplätzen über die demographische Entwicklung und damit auch über das finanzielle Leistungsvermögen des Landes.

Fragebogen zur Landtagswahl

	<p>Finanzen</p>	<p>3.1 Treten Sie für eine Abschaffung oder eine Beibehaltung der Schuldenbremse ein? Die Schuldenbremse alleine löst nicht unser finanzielles Desaster. Dennoch ist jeder Euro an neuen Schulden ein Problem für die Zukunft. Deshalb muss man neben der Schuldenbremse genau in die Haushalte schauen und dort Luft für dringend notwendige Investitionen schaffen.</p> <p>3.2 Wie soll das Saarland mit seinen Altschulden von 14 Milliarden Euro umgehen? Das Saarland ist alleine nicht in der Lage, diese Altschuldenlast zu tilgen. Aus unserer Sicht bedarf es hierzu einer strukturellen Lösung, in der die Schulden in einem Fonds gebündelt werden und die Zinslast durch den Bund übernommen wird. Damit wären das Land und die Kommunen von der Zinslast befreit und hätten die Möglichkeit sowohl die Altschulden zu tilgen, als auch notwendige Zukunftsinvestitionen tätigen zu können. Aus unserer Sicht ist dies eine notwendige Ergänzung zur Schuldenbremse. Darüber hinaus hat die Unterrepräsentanz an Bundesbehörden im Vergleich zu den übrigen Flächenländern die Einnahmensituation des Landes zusätzlich belastet. Hier wäre eine Ausgleichleistung des Bundes zur Reduzierung der Altschulden angemessen und vertretbar.</p> <p>3.3 Was wollen Sie zu einer Verbesserung der kommunalen Haushalte beitragen? Eine einfache Maßnahme wäre am Beispiel der Flüchtlingshilfe die Weitergabe von zweckgebundenen Fördermitteln, welche das Land erhält, an die kostentragenden Kommunen. Hier werden nach wie vor nicht alle anfallenden Kosten erstattet und belasten den kommunalen Haushalt deutlich. Zur nachhaltigen Sanierung der Haushaltslage ist es unabdingbar, sowohl die Ausgaben zu reduzieren als auch die Einnahmen zu verbessern. Aus unserer Sicht stehen die vorhandenen Verwaltungsstrukturen in keinem Verhältnis zu deren Aufgaben und Ergebnissen. Zur Verbesserung der Haushaltslage unseres Landes bedarf es dringend einer effizienz- und bürgerorientierten Verwaltungsreform. Die Freien Wähler sind vom Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung überzeugt; nur in der Kommune ist eine bürgernahe, an regionalen Bedürfnissen ausgerichtete und sachorientierte Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben sinnvoll möglich. Deshalb darf eine Straffung der Verwaltungsstrukturen keine weitere Schwächung der Kommunen nach sich ziehen. Mit Blick auf die geringe Flächenausdehnung des Landes kann deshalb aus unserer Sicht auf die Ebene der Kreisverwaltungen verzichtet werden. Deren Aufgaben sind je nach Themenzugehörigkeit und effizienter Aufgabenwahrnehmung auf die Kommunen und das Land aufzuteilen; Aufgaben mit hohen Anforderungen an Professionalisierungsgrad und Fachwissen sind beim Land zu konzentrieren. Hierdurch können Arbeitsprozesse gestrafft und dringend erforderliche Finanzmittel freigesetzt werden. Parallel müssen kommunale Verwaltungsstrukturen aufgabengerecht angepasst und optimiert, sowie kommunale Konsolidierungsmaßnahmen durch zeitlich angepasste Sanierungsbegleitprogramme des Landes unterstützt werden.</p>
<p>4</p>	<p>Flüchtlinge</p>	<p>4.1 Wie stehen Sie zur Praxis der unangekündigten Abschiebungen? Durch Verfolgung und wirtschaftliche Not in vielen Teilen der Welt verlassen Millionen Menschen ihre Heimat. Die Länder Europas und insbesondere Deutschland üben eine hohe Anziehungskraft als Ziel gewaltiger Wanderungsbewegungen aus Afrika und dem Nahen Osten aus. Bei aller Hilfsbereitschaft können wir diese Krise nicht durch dauerhafte Zuwanderung unter Berufung auf das Asylrecht bewältigen. Asyl ist ein Bleiberecht auf Zeit und muss es bleiben. Wir stehen zu unserem Asylrecht und wollen unserer humanitären Verantwortung in Deutschland gerecht werden. Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge genießen Schutz, bis die Lage in ihren Heimatländern eine Rückkehr zulässt. Sie sind Gäste auf Zeit. Neben einem schnellen Abschluss der Asylverfahren ist ebenso die rasche Rückführung abgelehnter Asylbewerber erforderlich. Die Praxis hat vielfach</p>

Fragebogen zur Landtagswahl

bewiesen, dass angekündigte Abschiebung zum Untertauchen der Betroffenen führt. Das ist menschlich sicherlich nachvollziehbar, stellt jedoch für unsere Gesellschaft eine nicht hinnehmbare Belastung dar. Unsere Asylverfahren und auch Abschiebepaxis basieren auf rechtstaatlichen Regeln und wir haben Vertrauen in unsere Justiz und Polizei.

4.2 Wie stehen Sie zum Kirchenasyl? Sollte es unangetastet bleiben?

Das Kirchenasyl existiert nur, weil es vom Staat geduldet wird. Es basiert lediglich auf den moralischen Grundwerten unserer Gesellschaft. Gerade für diese Werte steht jedoch eine freiheitlich demokratische Gesellschaft.

Zwar entziehen sich Bedürftige in kirchlichem Asyl einer Abschiebung, stellen jedoch grundsätzlich für die Gesellschaft keine Gefahr dar; deren Existenz ist bekannt und die Ausländerbehörde hätte grundsätzlich Zugriff auf diese Personen.

4.3 Wie wollen Sie die Integration von Flüchtlingen sicherstellen?

Damit Integration gelingen kann, muss man Ängste der eigenen Bürger ernst nehmen, Lösungsansätze entwickeln und offen kommunizieren sowie sozialen Unfrieden verhindern.

Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER:

- Ganzheitlicher Integrationsansatz als vorbeugende Maßnahme vor Ghettoisierung und Terrorgefahr
- keine Vollverschleierung von muslimischen Frauen als Zeichen der gesellschaftlichen Gleichberechtigung von Frauen in unserem Land
- flächendeckendes Angebot von islamischem Religionsunterricht in unseren Schulen zur unverfälschten Aufklärung gegen verfehlte Hassbotschaften der Dschihadisten: Hierzu sind ausschließlich Lehrer einzusetzen, welche an europäischen Hochschulen ausgebildet wurden und europäische Staatsbürger sind. Der Unterricht hat in deutscher Sprache zu erfolgen.
- Intensive Förderung von Projekten gegen Extremismus, egal welcher Ideologie (Rechts-, Links- oder religiös motiviert)

Darüber hinaus fordern wir FREIEN WÄHLER als Maßnahmen gegen den sozialen Unfrieden:

- Residenzpflicht für Asylbewerber
Zur Unterbringung von den in den vergangenen 1 ½ Jahren zugewiesenen Flüchtlingen und Asylbewerbern wurden im Rahmen des dringenden Sofortbedarfs durch die Kommunen Wohnraum, z.T. über den Zeitraum von 10-Jahren, angemietet (Flüchtlingswohnraumprogramm) bzw. Investitionen in eigenen Wohnraum getätigt. Wird es den Bedürftigen völlig freigestellt, wo sie sich aufhalten können, wird damit nicht nur die mit dem Zuweisungsschlüssel beabsichtigte Vermeidung von Ghettoisierungen ad absurdum geführt, sondern birgt zusätzlich die Gefahr, dass bereits langfristig angemieteter Wohnraum dauerhaft leer stehen bleibt und damit die Unterbringung doppelt finanziert werden muss.
- Schaffung von neuem Wohnraum
Bereits vor der Aufnahme der Flüchtlinge gab es eine angespannte Lage im Wohnungsmarkt und hier insbesondere im Bereich der Sozialwohnungen. Nicht nur die unzureichende Anzahl an erforderlichen Sozialwohnungen war zu beanstanden, sondern darüber hinaus deren z.T. schlechter Zustand. Durch entsprechende Flüchtlingswohnraumprogramme wurden Wohnräume eigens zur Unterbringung von Flüchtlingen saniert/kernsaniert bzw. neu geschaffen. Trotz dieses unumstritten notwendigen Erfordernisses ist es durchaus nachvollziehbar, dass sich einheimische Bedürftige in schlechter

Fragebogen zur Landtagswahl

		<p>Wohnsituation durch diese Praxis benachteiligt fühlen. Dieses Ungleichgewicht muss durch entsprechende Investitionen in den sozialen Wohnungsbau ausgeglichen werden. Es besteht durchaus auch die Möglichkeit, neu geschaffenen, bzw. sanierten Wohnraum an einheimische Bedürftige zu vergeben und den freigewordenen Wohnraum für bedürftige Flüchtlingen zu nutzen.</p> <ul style="list-style-type: none">• Vorrangig Sachleistungen vor Geldleistungen für Asylbewerber ... auch als präventive Maßnahme vor Missbrauch.
--	--	--

Fragebogen zur Landtagswahl

5	Infrastruktur	<p>5.1 Wollen Sie das Wabensystem im öffentlichen Nahverkehr abschaffen oder beibehalten? Wir wollen es abschaffen. Das jetzige System ist ungerecht und führt u.a. zu teuren Tickets i. d. Randzonen; Beispiel Schülertickets.</p> <p>5.2 Haben Sie ein alternatives Konzept zu Struktur und Preisgestaltung im ÖPNV? ○ Wenn ja: Wie sieht dieses aus? Wir brauchen bedarfsgerechte und bezahlbare Angebote! Hierzu bedarf es eines landesweiter Verkehrsverbundes, der - ausreichend finanziert, - bedarfsgerecht abgestimmt und - für den Nutzer finanziell attraktiv ist. Der ÖPNV der Zukunft ist aus Sicht der FREIEN WÄHLER hochflexibel, vernetzt Bus, Bahn und Car-Sharing-Angebote mit privaten Verkehrsmitteln wie Auto und Fahrrad und erschließt das Land bedarfsgerecht, einfach, bequem und preiswert.</p> <p>5.3 Welchen Spielraum sehen Sie, um den Investitionsstau bei Straßen und Brücken zu beheben? Der Investitionsstau begrenzt sich nicht nur auf Straßen und Brücken. Zu der für unser Wirtschaftsleben unverzichtbaren Infrastruktur gehören auch Breitbandausbau, Schiene und Gewässer, welche dringend umfangreicher Investitionen bedürfen. Diese Mittel sind jedoch nicht alleine durch Landesmittel aufbringbar. Wir fordern deshalb einen bundesweiten Straßenrettungsschirm. Das Bürokratiemonster und „Draufzahlgeschäft“ der PKW-Maut, welche insbesondere für uns im Saarland auch noch zusätzlich eine wirtschaftliche Schwächung mit sich bringen würde, wollen wir verhindern.</p> <p>5.4 Wie könnte der Zugverkehr vom Saarland aus bzw. ins Saarland gestärkt werden? Zum einen muss die Landesregierung über den Bund als Anteilseigner der Deutschen Bahn den Anspruch sehr deutlich kommunizieren. Darüber hinaus muss das Angebot deutlich attraktiver werden, um das Passagieraufkommen positiv verändern zu können. Hier Eine verbesserte und dauerhafte Anbindung an den bundesweiten und auch internationalen Fernverkehr Bedarf auch den Verbund mit kluger tariflicher Kopplung und intelligenter Abstimmung an den Nahverkehr. Hierfür setzen sich die FREIEN WÄHLER ein.</p>
6	Zuschnitt von Gemeinden und Landkreisen	<p>6.1 Wie steht Ihre Partei zur Forderung nach der Zusammenlegung von Landkreisen und/oder Kommunen im Saarland? Zur Verbesserung der Haushaltslage unseres Landes bedarf es dringend einer effizienz- und bürgerorientierten Verwaltungsreform. Mit Blick auf die geringe Flächenausdehnung des Landes kann aus unserer Sicht auf die Ebene der Kreisverwaltungen verzichtet werden. Deren Aufgaben sind je nach Themenzugehörigkeit und effizienter Aufgabenwahrnehmung auf die Kommunen und das Land aufzuteilen; Aufgaben mit hohen Anforderungen an Professionalisierungsgrad und Fachwissen sind beim Land zu konzentrieren. Hierdurch können Arbeitsprozesse gestrafft und dringend erforderliche Finanzmittel freigesetzt werden. Parallel müssen kommunale Verwaltungsstrukturen aufgabengerecht angepasst und optimiert, sowie kommunale Konsolidierungsmaßnahmen durch zeitlich angepasste Sanierungsbegleitprogramme des Landes unterstützt werden.</p> <p>○ Wenn ja: Warum und wann muss eine solche Reform umgesetzt werden? Aus unserer Sicht stehen die vorhandenen Verwaltungsstrukturen in keinem Verhältnis zu deren Aufgaben und Ergebnissen. Die Freien Wähler sind vom Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung überzeugt; nur in der Kommune ist eine bürgernahe, an regionalen Bedürfnissen ausgerichtete und sachorientierte Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben sinnvoll möglich. Deshalb darf eine Straffung der Verwaltungsstrukturen keine weitere Schwächung der Kommunen nach sich ziehen.</p>

Fragebogen zur Landtagswahl

		<p>Zur Umsetzung muss zunächst ein schlüssiges und abgestimmtes Konzept erarbeitet werden, auf dessen Basis eine strukturierte Umsetzung zeitnah umgesetzt werden kann.</p> <ul style="list-style-type: none">○ Wenn nein: Warum lehnt Ihre Partei eine Kommunalreform ab?
--	--	--

Fragebogen zur Landtagswahl

7	Sicherheit	<p>7.1 Was planen Sie bzgl. der Personal- und Sachausstattung der Polizei (Kürzung, beibehalten, Ausweitung)?</p> <p style="color: blue;">Wir FREIEN WÄHLER sehen Sicherheit und Freiheit als Grundbedürfnisse aller Menschen an - und damit als erklärtes Ziel des staatlichen Handelns. Um dies ermöglichen zu können braucht es gut ausgestattete Sicherheitskräfte. Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb (in Übereinstimmung mit den Forderungen des saarländischen Richterbund):</p> <ul style="list-style-type: none"> • zusätzliche Polizeistellen in Saarland! • eine leistungsbezogene Bezahlung und gute Aufstiegsmöglichkeiten! • ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen und Abbau der Überstundenkonten! • eine bessere Ausrüstung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten; hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf! • härtere Strafen bei Gewalt gegen Amtsträger, insbesondere Polizisten. • Die auch länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen zu verbessern und zu intensivieren. <p>7.2 Was planen Sie bzgl. der Öffnungszeiten von Polizeiinspektionen im Saarland (weitere Einschränkungen, beibehalten, ausweiten)?</p> <p style="color: blue;">Diese sind dem individuellen Bedarf anzupassen.</p> <p>7.3 Wie steht Ihre Partei zur Ausweitung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen im Saarland?</p> <p style="color: blue;">Videoüberwachung verhindert keine Straftaten, fördert jedoch die Aufklärungschancen. Schwerpunktüberwachungen sind sinnvoll, beliebige Überwachung greift zu tief in die Grundrechte der Bürger ein.</p>
8	Bundesrat	<p>8.1 Setzen Sie sich im Falle einer Regierungsbeteiligung im Bundesrat für Änderungen beim Mindestlohn ein?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Falls ja: Wie sehen diese Änderungen aus? Wir wollen, dass der Mindestlohn regelmäßig von einer unabhängigen Kommission angepasst wird. Sie muss die Teilhabe am Leben der Gemeinschaft ermöglichen und insbesondere Kindern ärmerer Familien volle Entfaltungsmöglichkeiten in ihrer Entwicklung bieten. <p>8.2 Setzen Sie sich im Falle einer Regierungsbeteiligung im Bundesrat für Änderungen beim Renteneintrittsalter ein?</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Falls ja: Wie sehen diese Änderungen aus? Wir wollen, dass das Vertrauen in das deutsche Rentensystem wieder wächst. Deshalb fordern wir eine umfassende Reform, um es für die heutigen und künftigen Generationen zukunftsfähig zu machen. <ul style="list-style-type: none"> • Drei-Säulen-Modell aus einem Guss Wir wollen gesetzliche, betriebliche und freiwillige private Vorsorge so aufstellen, dass wieder ein möglichst hoher Rentenanspruch sichergestellt wird und ein weiteres Absinken des Rentenniveaus der Vergangenheit angehört. • Garantie der betrieblichen und privaten Vorsorge Wir wollen sicherstellen, dass freiwillige betriebliche oder private Vorsorge vom Staat honoriert wird. Das bedeutet, dass die Auszahlungen aus diesen Versicherungen nicht etwa zu einer Senkung der Grundsicherung im Alter führen, sondern von den Begünstigten zusätzlich zu staatlichen Transferleistungen bezogen werden dürfen. <ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung des Rentensystems durch eine Automatisierungs-Abgabe Die zunehmenden technischen Automatisierungsprozesse der Industrie werden zur Herausforderung für den Faktor Arbeit. Maschinen werden in Zukunft noch viel stärker als bisher zum Einsatz kommen und Arbeiter ablösen. Wir wollen deshalb für Kapitalgesellschaften eine Abgabe für Automatisierungsprozesse einführen, die den momentan einzahlenden Rentenversicherten später zu Gute kommen soll. <ul style="list-style-type: none"> • Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus Wir wollen sicherstellen, dass es zu keiner weiteren Absenkung des

Fragebogen zur Landtagswahl

Rentenniveau kommt. Da eine Erhöhung der Rentenbeiträge über 20 Prozent die Kosten des Faktors „Arbeit“ in Deutschland weiter steigen ließe, wollen wir Finanzierungslücken des Rentensystems steuerfinanziert schließen.

- Volle Anrechnung der Elternzeit auf die Rente

Nachwuchs sorgt für die Nachhaltigkeit unseres Rentensystems. Deswegen müssen wir Eltern bei der Rente die Kindererziehungszeiten mit dem letzten Bruttogehalt voll anrechnen.

- Rentengerechtigkeit für ehemalige Zivis und Wehrdienstleistende
Alle Bürger unseres Landes, die ihre Wehrpflicht oder ihren Zivildienst abgeleistet und während dieser Zeit in die Rentenkasse einbezahlt haben, sollen keine Benachteiligung erleiden. Deshalb wollen wir erreichen, dass diese Personengruppe trotz ihres späteren beruflichen Werdegangs in Form von Selbständigkeit oder Verbeamtung einen vollen Anspruch auf Rentenzahlungen aus ihrer Dienstzeit für den Staat erhalten.

- Ende der Diskriminierung bei der Mütterrente
Frauen haben ein besonders hohes Armutsrisiko im Alter. Grund hierfür ist vor allem eine von Kindererziehungszeiten oder der Pflege naher Angehöriger unterbrochene Erwerbstätigkeit. Arbeit für die Familie muss daher stärker als bisher in der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Die Mehrkosten müssen dabei durch Steuermittel und nicht durch erneute Belastung der Rentenkassen aufgebracht werden. Die Unterscheidung in der Anrechnung für Kinder, die vor und nach 1992 geboren wurden, ist nicht vereinbar mit dem Gleichheitsgebot. Wir wollen dies entsprechend ändern.

8.3 Setzen Sie sich im Falle einer Regierungsbeteiligung für Änderungen bei der Aufteilung der Sozialabgaben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein?

- Falls ja: Wie sehen diese Änderungen aus?

8.4 Setzen Sie sich im Falle einer Regierungsbeteiligung im Bundesrat für Änderungen am Steuersystem ein?

- Falls ja: Wie sehen diese Änderungen aus?

Das Steuersystem bedarf einer umfassenden Reform um zumindest ansatzweise dem Anspruch einer Steuergerechtigkeit gerecht werden zu können. So ist als Beispiel die kalte Progression eine Steuergerechtigkeit, die gerade den Mittelstand hart trifft. Wir wollen diese Fehlkonstruktion unseres Steuerrechts schnellstmöglich korrigieren, indem wir diese alle regelmäßig den wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen. Gleiches gilt auch für die Freibeträge und Freigrenzen. Es ist auch nicht hinnehmbar, dass für Großkonzerne umfangreiche „Steuererleichterungsmodelle“ geschaffen werden, welche die Volkswirtschaft auf Dauer schwächen. Auch entgehen unserem Staat nach Schätzungen 100 Milliarden Euro jährlich durch Steuerflucht ins Ausland. Unser Gemeinwesen finanziert sich nur durch unsere Steuern. Jeder, der versucht, seinen Beitrag hierzu gegen geltendes Recht zu verringern, handelt anstandslos. Durch eine leistungsgerechte und einfachere Besteuerung muss der Anreiz für Steuerflucht vermindert werden. Hierfür werden wir uns mit Nachdruck einsetzen.

8.5 Setzen Sie sich im Falle einer Regierungsbeteiligung im Bundesrat für eine Ehe für alle ein?

Unsere Wertvorstellung zu Ehe und Familie wird in der Gesellschaft von der großen Mehrheit der Bevölkerung aktiv gelebt. Deswegen können wir abweichenden Lebensentwürfen, wie homosexuellen Partnerschaften, gelassen und mit Akzeptanz begegnen. Auf Basis des Grundgesetzes und der einfachen Gesetze kann jeder Mensch in unserer freiheitlichen Gesellschaft seine sexuelle Orientierung nach seinen Überzeugungen leben. Bei der Öffnung der Ehe handelt es sich nach unserer Auffassung um eine Gewissensentscheidung, die wir im Bundestag im dafür üblichen Modus, also durch Freigabe der Abstimmung treffen wollen. Wir streben diese Abstimmung aktiv an, um eine Dauerdebatte zu beenden.